

Über die Wahrheit und ihre vielen Spielarten

Gastkommentar von Natalia Springer (kolumbianische Menschenrechtsaktivistin)
in "El Tiempo" vom 14.10.04

In den 80er Jahren hatte die damalige Guerilla-Gruppe M19 nach langen Verhandlungen mit der Regierung die Waffen niedergelegt. Auf ihr Konto waren einige der spektakulärsten Aktionen in Kolumbien gegangen, wie z.B. im November 1985 die Erstürmung des Justizpalastes in Bogotá.

Teil der Vereinbarung war die Straffreiheit für bei Kampfhandlungen begangene Straftaten und für allgemeine Straftaten wie Rebellion usw.

Die M19 hat sich weitgehend in die Gesellschaft re-integriert. Viele ihrer früheren Mitglieder, unter denen viele Intellektuelle und katholische Priester waren, sind heute erfolgreiche Politiker der unabhängigen Linken Kolumbiens.

Mit seiner Bemerkung, die Geschichte des Kampfes mit der M19 sei noch nicht aufgearbeitet, hat Präsident Uribe in so weit Recht, als damals die Opfer keinerlei Gehör gefunden haben, auch die der Vergeltungsmaßnahmen von Militär und Polizei übrigens nicht. Uribe hat aber andererseits den schwer erklärbaren Versuch gemacht, einen Friedens- und Integrationsprozess, der erfolgreich abgeschlossen werden konnte, was ja in der heutigen Welt nicht gerade oft vorkommt, ohne Not in Frage zu stellen. Es liegt wohl nahe, dass er die Forderungen der Paramilitärs nach vollständiger Straffreiheit nach erfolgter Demobilisierung damit abzuwehren versucht, nicht einmal die M19 genieße dieses Zugeständnis. (Ulrich Künzel)

Kolumbien muss nicht allein die Erinnerung und das Verstehen der schmerzlichsten Kapitel des Krieges entwickeln, sondern muss zu ihren Ursprüngen vorstoßen und zu den Strukturen, die diese Kapitel ermöglicht haben.

Stellen wir uns vor, wir stünden eines Morgens aus dem Bett auf, ohne uns an irgendetwas zu erinnern und unsere Unabhängigkeit, Freiheit, die Möglichkeit, logisch zu denken und zu entscheiden plötzlich verloren hätten. Nun, genau das passiert in Kolumbien: Ein interner Krieg ohne ethnische oder religiöse Beweggründe, über die es einfach wäre, den jeweiligen Feind zu identifizieren oder das Übel und die Heilmittel dafür zu benennen.

Über Jahrzehnte, daher nicht neu, hat sich der Krieg auf Redewendungen gestützt, die als selektive Störungen zur Pervertierung der Realität bezeichnet werden können, nämlich zur Rechtfertigung jeder Grausamkeit, der Wertschätzung der Rache als Alternative zur Justiz und der Versicherung, Gewalt sei nur durch Gewalt zu bekämpfen, so dass man die "Befriedung" des Landes nur durch die "Säuberung" von einer Fraktion der Gesellschaft erreichen könne, natürlich der "üblen".

Von daher rührt die Wichtigkeit der Einrichtung einer Wahrheitskommission in vielen postkonfliktiven Prozessen, einer Institution von zeitlich begrenzter Existenz, ins Leben gerufen durch einen offiziellen Akt des Staates, die die Aufgabe hat, Vorgänge aus der Vergangenheit zu untersuchen.

Ogleich sie offiziell ist, weil es die Aufgabe des Staates ist, die endgültigen Schlussfolgerungen aus ihren Ergebnissen zu ziehen, müssen solche Kommissionen unabhängig agieren dürfen und ihr Mandat sollte von dem punktuellen Nachvollziehen eines bestimmten Ereignisses bis zur gründlichen Untersuchung der Konfliktursachen und der Abgabe von Handlungsempfehlungen reichen.

Allerdings sieht trotz des Enthusiasmus über die Erfolge solcher Kommissionen in Südafrika

oder Sierra Leone bei vielen anderen so aus, dass sie wie in Bolivien oder Nepal gescheitert sind, oder wie in Ruanda und Sri Lanka sogar noch zur Vertiefung der Spaltung beigetragen haben.

Normalerweise waren jene Kommissionen am erfolgreichsten, die sich in ein machtvolles Instrument zur Stärkung des Rechtssystems verwandeln konnten, wie das bei den Kommissionen in Argentinien, Chile und Südafrika der Fall war. In letzterem Fall besaß die Kommission sogar besondere richterliche Funktionen wie die Gewährung von Amnestie auf Bewährung in Fall der Preisgabe von Informationen, die für die Untersuchung wichtig waren. Die Berichte dieser Kommissionen waren zentrale Beweisstücke, die einige der Verantwortlichen für grausame Verbrechen zur Verurteilung brachten. Auch dienten die Berichte oft zur Identifizierung der Verantwortung ausländischer Regierungen bei internen Konflikten wie im Tschad oder der Aufdeckung von Verbrechen, die von Hintermännern aus dem staatlichen Sektor gesteuert waren wie in Peru.

Der Erfolg der Kommissionen beruht im allgemeinen darauf, dass sie einige Mindestbedingungen politischer Reife und institutionelle Unterstützung herstellen oder garantieren. Er besteht auch in einer breiten Unterstützung der Kommissionen durch die Zivilgesellschaft, wodurch der Prozess transparent gestaltet und die Ergebnisse dazu genutzt werden, die Ereignisse auch gedanklich aufzuarbeiten und Konsequenzen für Reformen des sozialen Gefüges abzuleiten.

Mit der Debatte von dieser Woche über das Thema hat Präsident Uribe ein Kapitel neu geöffnet, das man überwunden geglaubt hatte, und er hat vor allem die Risiken bei künftigen Demobilisierungen hervorgehoben: Das herrschende Maß an Misstrauen und Spaltung kann nicht hingegenommen werden; jeder Friedensprozess, von welchem guten Absichten er auch geleitet sein mag, kann nicht erfolgreich sein, wenn ihm Erinnerung fehlt und ein breiter Konsens, der diejenigen einschließt, die direkt zu Opfern wurden.

Kolumbien muss sich nicht nur erinnern an die schmerzlichsten Kapitel seines Krieges und versuchen, diese zu verstehen,..... sondern muss seine Toten betrauern, seine Opfer anerkennen, sich darüber verständigen, wie künftig die Wiederholung der Schrecken zu vermeiden ist, und schließlich frei darüber entscheiden, ob man alles verzeihen und die Wunde schließen und vorwärts gehen kann.